

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostjachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugpreis monatlich (rei Haus 2 RM, Halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach Dresden Nr. 18 699, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schiffleitung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebildete Normalzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Reklamezeile anschließend an den dreifachen Teil einer Zeile 1,25 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugpreises

3. Jahrgang

Sonnabend, den 18. Juni 1927

Nummer 140

Hungerblockade

Pläne des Bürgerblocks: Zollwucher und Mieterrechtung

Wie die Telegraphen-Agentur aus parlamentarischen Kreisen erfährt, ist bei den Verhandlungen über Verbehalten der bisherigen Zollleichterungen für Lebensmittel — die bisherige Regelung läuft bekanntlich am 31. Juli 1927 ab — in wesentlichen Punkten zwischen den Regierungsparteien bereits eine Einigung erzielt worden. Zunächst ist eine Erhöhung des Weizenzollens, d. h. des autonomen Zollfußes von 50 Pfennigen auf 5 Mark 50 Pf. vorgesehen. Weiterhin soll der Vertragszoll für Kartoffeln — wir haben darüber bereits kurz berichtet — eine Erhöhung um 50 Pf. auf 1 Mark erfahren. Von den Junkern war eine Erhöhung auf zwei Mark gefordert worden. Der autonome Kartoffelzoll soll auf 1 Mark 50 Pf. festgesetzt werden.

Ueber die Fleischzölle schweben zurzeit noch Verhandlungen. Der bisher 21 Mark betragende Zollfuß wird wahrscheinlich eine weitere Erhöhung erfahren. Die Regierungsvorschläge sehen einen Satz von 32 Mark vor. Die neuen Zoll erhöhungen sollen am 1. Oktober d. J. in Kraft treten.

Wie heute morgen die Boffische Zeitung meldet, verhandelt zurzeit der ADGB-Vorstand mit den christlichen und kirchlichen Dunderschen Spitzenorganisationen über ein gemeinsames Vorgehen in der Zollfrage. Der ADGB erklärt sich bereit, der Aufhebung des zollfreien Kontingents von 120 000 Doppelzentnern zuzustimmen, wenn ein gemeinsames Vorgehen in der Zollfrage zustande kommt, und eine Herabsetzung des Zollfußes von 45 Pf. auf eine Einfuhr über 120 000 Doppelzentner hinaus unmöglich macht, eintritt. Die ADGB-Führer sind, wie diese Meldung zeigt, zu Siegemund und seinen Leuten gelaufen, obwohl das Zentrum und die christlichen Gewerkschaftsführer bereits erklärt hatten, daß sie sich für die Kartoffelzölle und die erhöhten Zölle auf Brot, Fleisch und Zucker entscheiden würden. Mit dieser Hungerblockade gegen die Werttätigen verbindet das Bürgerblockkabinett noch einen anderen Schlag gegen die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung. Die Bürgerblockregierung will zwar am 30. Juni das Mieterrechtgesetz formell um zwei Jahre verlängern. Die Forderungen der Hausagrarier sollen jedoch erfüllt werden durch zwei Abänderungen, die am kommenden Montag dem Reichstag vorgelegt werden sollen. Es wird jetzt bereits bekannt, daß diese Vorlage den Zwang zur Räumung

klage beseitigen soll. Die Hausbesitzer brauchen dann also nur noch zu kündigen, um eine Ausmietung durchzuführen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Folgen dieser Pläne — und an der Durchführung braucht wahrscheinlich nicht gezweifelt zu werden — für die Werttätigen von katastrophaler Wirkung sein werden. Zu den sich ständig verteuerten Lebenshaltungskosten soll eine gewaltige Verteuerung und vielprozentige Preissteigerung gerade jener Lebensmittel eintreten, die in Hunderttausend proletarischen Haushaltungen die ausschließliche Nahrung bilden. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit legen die vereinigten Industrie- und Landbarone vermittels hoher Zollmauern ihre Ausbeuterinteressen durch die Bürgerblockregierung durch. Mit der Verteuerung der allernotwendigsten Lebensmittel und dem fortgesetzten Mietwucher wird systematisch eine Senkung des Reallohnes im Interesse der Kapitalisten durchgeführt. Die Kaufkraft der breiten Massen sinkt damit immer mehr, und die Verschlechterung des Wirtschaftsmarktes durch die verminderte Konsumfähigkeit ist die unausweichliche Folge. Mit Hunger und Elend und Arbeitslosigkeit soll die Arbeiterklasse den Profitwucher der Kapitalisten bezahlen.

Die Lohnbewegungen der Arbeiter sollen durch Zwangsverträge und Streikverbote unterbunden werden. Der ADGB lehnt es auch in dieser Situation ab, den Kampf gegen die Hungerregierung zu organisieren. Die Politik des ADGB ist erneut gekennzeichnet mit dem gemeinsamen Zusammenarbeiten der gelben Verbände und den christlichen Gewerkschaftsführern, die die Stützen der Hungerregierung sind.

In dieser Situation muß die Arbeiterklasse dem Ruf des Kongresses der Werttätigen folgen und gemeinsam mit allen merktätigen Schichten in Stadt und Land der Front des vereinigten Finanz-, Agrar- und Industriekapitals die Einheitsfront aller Werttätigen entgegenstellen. Der außerparlamentarische Kampf gegen die Kriegs- und Hungerregierung muß jetzt organisiert werden.

Fort mit der Bürgerblockregierung, den Beauftragten der deutschen Imperialisten! — Schärfster Kampf gegen die Blutsauger des Proletariats! — Mobilisiert die Betriebe und Gewerkschaften! — Erkämpft die rote Einheitsfront aller Ausgebeuteten!

Das Urteil im Kolomat-Prozess

Bremen, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Im Kolomat-Prozess wurde die Angeklagte, Frau Kolomat, nach längerer Beratung des Gerichts zu einer Gesamtstrafe von 8 Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt. Die Untersuchungshaft wird ihr angerechnet.

Aus dem ganzen Verlauf des Prozesses, über den wir an anderer Stelle einen ausführlichen Bericht geben, geht hervor, daß die Beurteilung der Schreiberin des Buches „Von Leben und Tod“ eine Prestigefrage für die Bremer Polizei und Justiz ist. Wären die Aussagen der Zeugen schon in der Voruntersuchung so gefallen wie im Verhandlungsraum, so wäre die Eröffnung des Hauptverfahrens wahrscheinlich überhaupt unmöglich gewesen. Aber der Untersuchungsrichter hat es verstanden, aus den Entlastungszeugen angeblich „Belastendes“ herauszuquetschen. Trotz des Zusammenbruchs der Anklage stellte der Staatsanwalt den Antrag, die Angeklagte Frau Kolomat bei Verjagung mildernder Umstände wegen schwerer und leichter Kuppelerei zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus und wegen heimlicher gemeiner Gesinnung zu 3 Jahren Ehrverlust zu verurteilen. Das Urteil kann den Skandal der Bremer Sittenpolizei und der Krankenhausbehandlung, die Liesbeth Kolomat (Margarete Machan) solange in ihren Fängen behielt, bis sie durch verdrehterisch-fahrlässige Kuren zugrunde gerichtet war, nicht aus der Welt schaffen. Der Fall Kolomat bleibt ein Skandal des kapitalistischen Klassenraates, wie jede Einzelheit in diesem Prozeß.

Der Stuttgarter Tschetaprozess

Stuttgart, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Kiesenprozess gegen 13 württembergische Kommunisten vor dem Niederrhein am 18. Juni im Schwurgerichtssaal keinen Anfang. Für die Abwicklung der Justizsache sind 4 Wochen vorgesehen. Ueber 100 Zeugen und lomsdie sind 4 Wochen vorgesehen. Ueber 100 Zeugen und Sachverständige werden aufgeboden, darunter eine Anzahl Polizeispiegel und Offiziere. Für die Sicherheit des Niederrheins wird ein überaus starkes Polizeiaufgebot. Alle Annehmungen in der Umgebung des Landgerichtsgebäudes sind verboten, selbst kleine Gruppen von 2-4 Personen werden auseinandergetrieben. Angeklagt sind 13 Genossen,

die sich schon 1-2 Jahre in Untersuchungshaft befinden. Die Anklage lautet auf Hochverrat, überlegte Tötung eines Menschen und Beschädigung des Lebens und Eigentums anderer durch Sprengstoff. Die 221 Schreibmaschinenseiten umfassende Anklageschrift enthält größtenteils Spitzelmaterial. Am ersten Verhandlungstag wurde Genosse Weisard über seine Tätigkeit als Kreisleiter im Oktober-November 1923 vernommen. Genosse Weisard, der inzwischen aus der KPD ausgetreten ist, bekennt sich zu den politischen Zielen der KPD und begründet die ihm zur Last gelegten hochverräterischen Umtriebe mit den überaus starken Mächtigungen der tschekischen Organisationen während der Insurrection. Es war ihm ein leichtes, die den Hauptbeschuldigten zur Last gelegte Organisation eines Attentates auf Seck als Spitzelmaterial zu entlarven. Gegen 13,30 Uhr wurde die Verhandlung wegen Enttäftung des Angeklagten abgebrochen. Die Vernehmung Weisards wird heute fortgesetzt.

Zum Balkan Konflikt

Mächte-Intervention in Belgrad

Belgrad, 17. Juni. (Telefon.)

In diplomatischen Kreisen wird dem heutigen Besuch des französischen Gesandten in Belgrad, Darde, beim Außenminister Dr. Marinkowitsch eine große Bedeutung beigemessen. Man glaubt, daß bei diesem Besuch Darde auf Anordnung seiner Regierung das Terrain für eine gemeinsame Intervention der Mächte in Belgrad vorbereitet. Dieser gemeinsame Schritt der Mächte soll spätestens in einem bis zwei Tagen erfolgen.

Der tschekoslowakische Gesandte in Belgrad machte gelegentlich seines heutigen Besuches bei Dr. Marinkowitsch Mitteilung von dem Angebot Dr. Beniffs, im albanisch-jugoslawischen Konflikt zu vermitteln.

Untwaffen der Kuomintang-Armee

Santau, 16. Juni. (Chines. Nation-Agentur.)

Die Chinesische National-Agentur erhielt folgende Mitteilung von Fungquangiang: „Die früher unter dem Namen Kuomintang bekannten Truppen sind jetzt in die drei Ideen und Verfügungen Sunpatiens getreue Kuomintang-Armee reorganisiert worden. Alle unter dem Kommando Fungquangiangs stehenden Truppen unterordnen sich den Befehlen des Zentralkomitees der Kuomintang und der Nationalregierung und werden laut den Anordnungen der Nationalregierung den Kampf gegen die Mudentruppen bis zum Schluß führen.“

Nach der Genfer Tagung

Herr Briand ist angeblich wegen einer Gürtelrose nach Hause gefahren, der hohe Rat des Völkerbundes erledigt noch, ohne daß ein Hahn nach ihm kräht, einige Lappalien und in der ganzen Welt zerbrechen sich nun die Journalisten darüber den Kopf, was tatsächlich am Mittwoch und Donnerstag in Genf vorgegangen ist. Tatsächlich schwebt über dem Ergebnis der Verhandlungen ein gewisses Dunkel — aber gewisse Umrisse des wirklichen Sachverhaltes zeichnen sich doch unverkennbar ab.

Der Berliner Lokalanzeiger von Freitag früh ist, wie die ganze deutschsprachige Presse, resolut und müht die Situation zu einem kleinen innenpolitischen Vorstoß aus: „Die deutsche Delegation fährt aus Genf ab, ohne ein Datum für die Truppenreduzierung am Rhein zu haben, ohne eine Garantie für die Zahlen, so selbst ohne eine Einigung in einer so kleinen Frage, wie der Kontrolle der Ostsektion.“ So ganz richtig scheint dies nicht zu sein — die BZ am Mittwoch weiß in ziemlich konkreter Weise zu berichten, daß Briand und Stresemann sich auf der Grundlage einer kleinen Befehlungsverminderung gegen deutsche Zugeständnisse in der Ostsektion geeinigt hätten. Wesentlich ist diese Frage nicht — Deutschland hat größeren Preis verlangt, als den Abzug von 5000 oder 10 000 Mann der rheinischen Besatzungstruppen — und über diese großen Fragen, die Frage der endgültigen Rheinlandräumung, die Frage der Rüstungsfreiheit für Deutschland, die Frage des Danziger Korridors und Oberschlesiens hat man bisher gesprochen — aber zunächst noch ohne Ergebnis. Man hat es vorgezogen, zu schweigen, weil man die Aussichten einer späteren Erledigung dieser heute noch unlöslichen Fragen nicht durch öffentliche Diskussion vermindern wollte.

Denn, wie eine ganze Reihe bürgerlicher Blätter richtig betont, im Mittelpunkt von Genf stand nicht die Frage jener Lappalien, über die sich heute die deutschsprachige Presse die Köpfe zerbricht. Die DZ hat sicher recht, wenn sie „auf Grund von Informationen unterirdischer deutscher Stellen“ danor warnt, die Phrasen über Locarnopolitik so aufzufassen, als handle es sich um das Verhältnis zwischen den leinerzeitigen Partnern von Locarno. Es handle sich vielmehr um die Bedeutung der Locarnopolitik für die Erhaltung des Friedens“ im allgemeinen und insbesondere in der Rußfrage. Die Berliner Börsenzeitung sagt ganz offen heraus: „Ueber das, was in den großen weltpolitischen Fragen besonders bezüglich Rußlands herausgekommen ist, wird amlich und offiziös ein trügerisches Halbdunkel geblendet. Die leitenden Staatsmänner haben sich angeblich Stillschweigen versprochen. Soll das bedeuten, daß man sich völlig einig ist und nur die Weltöffentlichkeit und die eigenen Völker über das im Gange befindliche nicht sofort unterrichten will, oder will man eine Verschärfung oder ein Wiederaufleben von Gegensätzen zwischen England und Frankreich, zwischen der Politik Chamberlains und der Voicars des vertuschen?“

Uns scheint es, daß die beiden hier von dem bürgerlichen Blatt angebotenen Möglichkeiten wohl denkbar, aber nicht wahrscheinlich sind. Eine volle Einigung wird kaum zustande gekommen sein — sie würde auch eine Einigung über den Deutschland zu zahlenden Kaufpreis voraussetzen und man würde es nicht unterlassen, zur Vorbereitung der Kriegsstimmung, die von Stresemann erreichten Erfolge groß aufzumachen (natürlich unter Verhweigung der versprochenen Gegenleistung) — wenn solche Erfolge eben vorhanden wären. Sie sind es vermutlich nicht — wohl aber scheint eine Einigung über die Richtung der geplanten Aktion zustande gekommen zu sein. Natürlich demletzt die bürgerliche Presse das Vorhandensein eines Antisowjetblocks im allgemeinen und die Teilnahme Deutschlands im besonderen in allen nur möglichen Tonarten. Aber sie können nicht umhin, in einem Atemzuge einzugeischen, wohin der Kurs geht. Der Gewähsmann der DZ sagt mit seinen Friedensschalmeien: „Es sei keine Aufgabe unierer Neutralität, wenn darauf hingewiesen würde, die Hinrichtungen in Moskau hätten eine Sowjetrußland abträgliche Atmosphäre erzeugt. Diese Kritik sei gerade bei denjenigen Deutschen am stärksten, die als einzige Lösung der russischen Frage die Evolution in Sowjetrußland selbst betrachten.“ Tatsächlich meldet heute die bürgerliche Presse übereinstimmend, Marx hätte Tschischerin darauf aufmerksam gemacht, daß weitere Erklärungen von Konterreolutionären das deutsch-russische Verhältnis ungünstig beeinflussen könnten. Deutschlands spezifische Rolle besteht also darin, durch entsprechende „freundschaftlichen“ Druck auf die „Evolution in Sowjetrußland“, d. h. auf die freiwillige Entwaffnung des proletarischen Staates, hinzuwirken. Aber man geht noch weiter: der sonst stets unterrichtete Georg Bernhard schreibt in der Boffischen Zeitung zwar seelenruhig, daß Reizung für eine antisowjetische Einheitsfront nirgends besteht.“ — fährt dann aber gleich fort: „Es ist allerdings wohl richtig, daß als Ergebnis der Besprechungen diejenigen Regierungen, die in mehr oder weniger freundschaftlicher Verbindung mit der Sowjetregierung stehen (gemeint ist Deutschland), sie auf die Gefahr einer Verquickung russischer Regierungspolitik mit bolschewistischer Propaganda der 3. Internationale (von Bernhard jetzt gedruckt) hinweisen werden.“ Natürlich ge-